

Internationales Privat- und Zivilverfahrensrecht

Bearbeitet von
Prof. Dr. Dres. h.c. Peter Hay, Prof. Dr. Hannes Rösler

5., völlig neu bearbeitete Auflage 2016. Buch. XXXI, 326 S. Kartoniert

ISBN 978 3 406 67398 6

Format (B x L): 16,0 x 24,0 cm

Gewicht: 640 g

[Recht > Zivilrecht > Internationales Privatrecht](#)

Zu [Leseprobe](#) und [Sachverzeichnis](#)

schnell und portofrei erhältlich bei

The logo for beck-shop.de features the text 'beck-shop.de' in a bold, red, sans-serif font. Above the 'i' in 'shop' are three red dots of increasing size. Below the main text, the words 'DIE FACHBUCHHANDLUNG' are written in a smaller, red, all-caps, sans-serif font.

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.



beck-shop.de

DIE FACHBUCHHANDLUNG

Prüfe dein Wissen
Rechtsfälle in Frage und Antwort

Hay/Rösler
Internationales Privat- und Zivilverfahrensrecht



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG
**Internationales Privat- und
Zivilverfahrensrecht**

Dr. Dres. h. c. Peter Hay

em. Univ.-Professor, Technische Universität Dresden
em. L. Q. C. Lamar Professor of Law, Emory University, Atlanta

bearbeitet von

Dr. Hannes Rösler, LL. M. (Harvard)

Univ.-Professor für Bürgerliches Recht, Internationales Privatrecht
und Rechtsvergleichung, Universität Siegen

5., völlig neu bearbeitete Auflage, 2016





beck-shop.de

DIE FACHBUCHHANDLUNG

www.beck.de

ISBN 978 3 406 67398 6

© 2016 Verlag C. H. Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München
Druck und Bindung: Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG
In den Lissen 12, D-76547 Sinzheim

Satz: Druckerei C. H. Beck Nördlingen
Umschlaggestaltung: Martina Busch, Grafikdesign, Homburg Saar

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Vorwort

Wer mit offenen Augen durch die Welt geht, dem erschließt sich die Bedeutung grenzüberschreitender Sachverhalte sofort. Man bestellt bei einem ausländischen Händler im Internet eine preiswerte Sonnenbrille und bucht anschließend im sonnigen Südeuropa ein Hotelzimmer. Es begleitet einen die Freundin aus Rom, mit der man seit einem Austauschjahr in London verhandelt ist – nicht zuletzt um die Eheschließung vorzubereiten. Kurz darauf berichtet die Nachbarin, sie wolle sich von ihrem aus Arabien stammenden Ehemann scheiden lassen, wären da nur nicht die Unterhaltsfragen. Die eigene Großmutter hinterlässt ein Ferienhaus an einem See in Schweden.

Doch der internationalen Probleme nicht genug! Aus Amsterdam trifft ein Brief ein, man werde dort wegen eines Parkremplers verklagt. Bei einem Praktikum in einem Unternehmen wird gefragt: Kann und sollte man sich auf die Wahl eines Gerichts im Ausland und eines fremden Rechts einlassen? Im Rechtsreferendariat geht es in einer Akte um eine Klage über aus Fernost importierte Autoreifen, die offenbar eine Reihe von Unfällen verursacht hatten. Ein befreundeter Anwalt ist ratlos, wie man bei einem gesellschaftsrechtlichen Sachverhalt mit Berührung zum englischen Recht vorzugehen hat.

Solch vielgestaltige Sachverhalte behandelt das Internationale Zivilverfahrens- und Privatrecht, das im vorliegenden Band durch praktische Fälle veranschaulicht wird. Mit dieser Auflage wurde das Buch in meine Hände gelegt. Für die Anvertrauung des Buches gebührt *Peter Hay* ganz herzlicher Dank. Kennzeichen seines Buches war es von Anfang an, Internationales Zivilverfahrensrecht und Internationales Privatrecht zusammenhängend und unverschlüsselt darzustellen. Deswegen hat das Buch unzähligen Lesern den Weg in diese beiden Gebiete geebnet, zumindest erleichtert. Zur Erläuterung seines didaktischen Ansatzes wird im Anschluss an dieses Vorwort dasjenige von *Peter Hay* zur 1. Auflage auszugsweise wiedergegeben. An der letzten Auflage war dankenswerterweise Rechtsanwalt *Tobias Krätzschmar* als Koautor beteiligt, während die vorherigen Auflagen von *Peter Hay* alleine verfasst worden waren.

Alle eingangs aufgeworfenen Fragen (bis auf Verlobung und Eheschließung) werden heute vom EU-Recht bestimmt. Dies ist Folge des voranschreitenden Strukturwandels vom nationalen hin zum europäischen Recht. Zwischen der Voraufgabe aus dem Jahre 2010 und dem vorliegenden Buch sind mit der Rom III-VO, der EuUntVO und der EuErbVO bedeutsame Verordnungen in Kraft getreten, die nationale Vorschriften zum internationalen Scheidungs-, Unterhalts- und Erbrecht ersetzen (im Erbrecht wird noch die bis zum 17.8.2015 geltende Rechtslage nach Art. 25 a. F. EGBGB gerafft dargestellt). Ebenfalls beträchtlichen Neuerungsbedarf schufen die EuGVO-Reform, das Inkrafttreten des Haager Kinderschutzübereinkommens sowie die insgesamt wachsende EuGH-Rechtsprechung. Damit war das Buch vollständig zu überarbeiten und die Europäisierung konsequent in jedem Abschnitt in den Vordergrund zu stellen. Darüber hinaus finden sich didaktische Verbesserungen, zu denen die vermehrte Hervorhebung von Prüfungsschritten und Systembezügen zählt. Nachgewiesen sind die Parallelfundstellen von Rechtsprechung und der Abdruck von Gesetzen in *Jayme/Hausmann*.

Vorwort

Das Anliegen des Buches bleibt weiterhin: Jurastudierenden, Rechtsreferendaren und jungen Praktikern klar und deutlich die Behandlung von Sachverhalten mit Auslandsberührung zu veranschaulichen. Beide Teile des Buches – der erste zum Internationalen Zivilverfahrensrecht und der zweite zum Internationalen Privatrecht – lassen sich je nach Bedarf einzeln oder in umgekehrter Reihenfolge lesen. Bei der Lektüre kann man sich weitgehend auf Fragen des Wirtschaftsrechts beschränken oder (auch) das Familien- und Erbrecht eingehender studieren. In jedem Abschnitt werden zunächst die Schlüsselbegriffe definiert, um die Grundlage für die folgenden Falllösungen zu legen, wobei damit auch für die Beantwortung abstrakter Prüfungsfragen geschult wird. Auch hier gilt: „Wer Recht erkennen will, muss zuvor in richtiger Weise gezweifelt haben“ (*Aristoteles*).

Viele haben zum Gelingen des Buches beigetragen – durch eingehende Diskussionen über die Führung des Lesers, die Verdichtung des Stoffes und die Fälle, mit denen die „Regel in das Leben übergehen“ soll, wie *v. Savigny* einmal formuliert hat. Aus diesem Kreis möchte ich besonders meine wissenschaftlichen Mitarbeiter *Dominik Braun*, *Stefanie Stanka* und *Ann-Christin Traut* hervorheben und mich bei allen herzlich bedanken.

Hinweise aus der Leserschaft auf Verbesserungsmöglichkeiten werden über roesler@recht.uni-siegen.de gerne entgegengenommen. Abschließend wünsche ich Ihnen viel Erkenntnis und Freude beim Erwerben und Prüfen des Wissens.

Siegen, im Februar 2016

Hannes Rösler



beck-shop.de

DIE FACHBUCHHANDLUNG

Aus dem Vorwort zur 1. Auflage (1999)

[...] Dieser Band soll bei den Vorbereitungen auf [...] Prüfungen helfen. Er soll zusätzlich ein vorlesungsbegleitendes Lernmittel sein. So eingesetzt, erleichtert er das notwendige Vor- und Nacharbeiten des in der Lehrveranstaltung Gehörten. Zusätzliche Rechtsprechungs- und Literaturhinweise sollen zu vertiefender Weiterarbeit ermuntern.

Der Fall mit Auslandsberührung verlangt nicht nur eine Entscheidung über das anzuwendende Recht. Er hat auch ein wichtiges prozessuales Umfeld. Das Internationale Zivilverfahrensrecht gehört ebenso zur Lösung des „internationalen Falles“ wie das Internationale Privatrecht. Die Darstellung beginnt daher mit der Frage, die man sich bei einem auslandsbezogenen Fall naturgemäß zuerst stellen muß: Ist die Zuständigkeit des angerufenen Gerichts eröffnet? Erst wenn man dies bejaht, muß das auf den Sachverhalt anzuwendende Recht bestimmt werden. Ist ein Urteil schon im Ausland ergangen, so stellt sich die (verfahrensrechtliche) Frage, ob es im Inland anerkannt und vollstreckt werden kann. Im Folgenden werden die verfahrensrechtlichen Themen (Zuständigkeit und Urteilsanerkennung) zusammen und vor dem Kollisionsrecht behandelt.

Viele Fallbeispiele entstammen der Rechtsprechung. Die nicht fallbezogenen Fragen sollen Verbindungen herstellen und das Anwendungsverständnis erhöhen. Die Fälle und Fragen vermitteln nicht nur das notwendige Wissen für die Prüfung, sie erlauben es dem Leser auch, diese zu simulieren. [...]



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	XVII
Literaturverzeichnis	XXVII
Teil 1. Internationales Zivilverfahrensrecht	1
I. Grundlagen	1
Fall 1. Gegenstand des Internationalen Zivilverfahrensrechts	1
Fall 2. Rechtsquellen des IZVR	2
Fall 3. Lex fori-Prinzip	6
Fall 4. Gerichtsbarkeit und Immunität	7
II. Internationale Zuständigkeit	8
1. Allgemeines	8
Fall 5. Internationale und örtliche Zuständigkeit	8
Fall 6. Internationale Zuständigkeit als Prozessvoraussetzung	9
2. Anwendungsbereiche der Zuständigkeitsordnungen	9
Fall 7. Abgrenzung der Rechtsakte	9
Fall 8. Anwendungsvoraussetzungen der EuGVO (v. a. Wohnsitz des Beklagten in der EU)	11
Fall 9. Reform der EuGVO	13
Fall 10. Anwendungsbereiche der EuEheVO und EuUntVO	14
Fall 11. Anwendungsbereich der EuErbVO	17
Fall 12. Autonome Auslegung von EU-Recht	18
Fall 13. Versagung der Gerichtszuständigkeit aufgrund freien Ermessens?	19
3. Gesetzliche Gerichtsstände nach der EuGVO	20
Fall 14. Allgemeiner Gerichtsstand (Art. 4 I EuGVO n. F.)	21
Fall 15. Gerichtsstand des Erfüllungsortes (Art. 7 Nr. 1 EuGVO n. F.)	21
Fall 16. Gerichtsstand der unerlaubten Handlung (Art. 7 Nr. 2 EuGVO n. F.)	26
Fall 17. Gerichtsstand am Ort der Zweigniederlassung (Art. 7 Nr. 5 EuGVO n. F.)	27
Fall 18. Besondere Zuständigkeiten kraft Sachzusammenhangs (Art. 8 EuGVO n. F.)	28
Fall 19. Zuständigkeit bei Verbraucherverträgen (Art. 17–19 EuGVO n. F.)	30
Fall 20. Zuständigkeit bei Arbeitsverträgen (Art. 20–23 EuGVO n. F.)	33
Fall 21. Ausschließliche Zuständigkeiten (Art. 24 EuGVO n. F.)	35
4. Vereinbarte Gerichtsstände und rügelose Einlassung nach der EuGVO	36
Fall 22. Gerichtsstandsvereinbarung (Art. 25 EuGVO n. F.)	36
Fall 23. Gerichtsstandsklausel in AGB	39
Fall 24. Gerichtsstand der rügelosen Einlassung (Art. 26 I EuGVO n. F.)	41
	IX

5. Zuständigkeiten nach der EuEheVO, EuUntVO und EuErbVO	42
Fall 25. Zuständigkeit in Familiensachen	42
Fall 26. Zuständigkeit in Erbsachen	45
6. Zuständigkeiten nach autonomem deutschen Recht	46
Fall 27. Zuständigkeit gemäß (doppelfunktionalen) ZPO- und (speziellen) FamFG-Vorschriften	46
Fall 28. Beklagtengerichtsstand (§§ 12, 13 ZPO)	48
Fall 29. Gerichtsstand des Vermögens (§ 23 S. 1 Alt. 1 ZPO)	49
Fall 30. Gerichtsstand des Erfüllungsortes (§ 29 ZPO)	50
Fall 31. Gerichtsstandsvereinbarung und anwendbares Recht (§ 38 ZPO)	51
Fall 32. Rügelese Einlassung (§ 39 ZPO)	52
Fall 33. Zuständigkeiten in Familiensachen	54
7. Beachtung ausländischer Rechtshängigkeit	56
Fall 34. Beachtung ausländischer Rechtshängigkeit nach der EuGVO	56
Fall 35. Beachtung ausländischer Rechtshängigkeit nach der ZPO	58
III. Ermittlung ausländischen Rechts	60
Fall 36. Ermittlungsgrundsätze (§ 293 ZPO)	60
Fall 37. Beweisaufnahme bei der Ermittlung ausländischen Rechts	61
Fall 38. Nichtermittelbarkeit ausländischen Rechts	62
IV. Internationale Rechtshilfe	64
1. Zustellung ins Ausland	64
Fall 39. Zustellung nach der EuZVO	64
Fall 40. Zustellung außerhalb der EuZVO nach HZÜ oder ZPO	65
2. Beweisaufnahme im Ausland	69
Fall 41. Beweisaufnahme nach der EuBVO	69
Fall 42. Beweisaufnahme außerhalb der EuBVO nach HBÜ oder ZPO	70
V. Anerkennung ausländischer Entscheidungen	73
1. Grundlagen	74
Fall 43. Rechtsquellen der Urteilsanerkennung	74
Fall 44. Grundsatz der Wirkungserstreckung	77
Fall 45. Entscheidungswirkungen	78
2. Versagungsgründe in Zivil- und Handelssachen	79
Fall 46. Anerkennungsfähige Entscheidungen	79
Fall 47. Verbot der Nachprüfung eines Urteils in der Sache selbst	80
Fall 48. Keine Nachprüfung internationaler Zuständigkeit unter der EuGVO kontrastiert mit dem Spiegelbildprinzip der ZPO	81
Fall 49. Unionsrechtliche Titel nach EuMVVO, EuGFVO und EuVTVO	82
Fall 50. Rechtliches Gehör durch Zustellung (Art. 45 I lit. b EuGVO n. F.)	85
Fall 51. Unvereinbare Entscheidungen	88
Fall 52. Maßstab der ordre public-Prüfung	89
Fall 53. Verstoß gegen den ordre public i. S. d. Art. 45 I lit. a EuGVO n. F.	91
Fall 54. Anerkennung von punitive damages nach § 328 I Nr. 4 ZPO	92

beck-shop.de

DIE FACHBUCHHANDLUNG

Fall 55. Verbürgung der Gegenseitigkeit nach der ZPO	93
Fall 56. Anforderungen an die Feststellung der Gegenseitigkeit	94
3. Versagungsgründe in Familien- und Erbsachen	95
Fall 57. Anerkennung in Ehesachen	95
Fall 58. Anerkennung in Unterhaltssachen	100
Fall 59. Anerkennung in Erbsachen	102
VI. Vollstreckung ausländischer Entscheidungen	102
Fall 60. Vollstreckung nach Unionsrecht	102
Fall 61. Vollstreckung nach EuEheVO speziell bei der elterlichen Sorge	103
Fall 62. Vollstreckungsverfahren nach §§ 722 f. ZPO sowie § 110 FamFG ..	104
Fall 63. Verbot des Doppelexequatur	105
VII. Sonstige Verbesserungen des Zugangs zum Recht	105
Fall 64. Prozesskostenhilfe und alternative Streitbeilegung	105
 Teil 2. Internationales Privatrecht	 107
 I. Allgemeiner Teil	 107
 1. Grundlagen	 107
Fall 65. Gegenstand des Internationalen Privatrechts	107
Fall 66. Rechtsquellen des IPR	110
Fall 67. Europäisierung des IPR	112
2. Kollisionsnormen	115
Fall 68. Bausteine von Kollisionsnormen	115
Fall 69. Erfordernis einer Verbindung zum Recht verschiedener Staaten	116
Fall 70. Sachnorm- und Gesamtverweisung	117
Fall 71. Gesamtverweis im autonomen deutschen IPR (Art. 4 EGBGB)	119
Fall 72. Selbstständige Kollisionsnormen und Hilfsnormen	120
Fall 73. Allseitige und einseitige Kollisionsnormen	121
Fall 74. Alternative Anknüpfungen (Günstigkeitsprinzip bei der Form)	122
3. Qualifikation	123
Fall 75. Qualifikation und Statut	123
Fall 76. Methode der Qualifikation	123
Fall 77. Systemunterschiede im Kollisions- und Sachrecht	125
Fall 78. Qualifikationsunterschiede in den beteiligten Rechtsordnungen	126
Fall 79. Qualifikation fremder Rechtsinstitute	129
4. Angleichung	130
Fall 80. Normwidersprüche und Anpassung	130
5. Statutenwechsel	133
Fall 81. Begriff des Statutenwechsels	133
Fall 82. Statutenwechsel bei offenen Tatbeständen	134
6. Gesetzesumgehungen	135
Fall 83. Arten der Gesetzesumgehung	135
Fall 84. Voraussetzung einer Gesetzesumgehung	135

7. Erst-, Vor- und Teilfragen	136
Fall 85. Begriffsbestimmungen	136
Fall 86. Anknüpfung von Teilfragen	138
Fall 87. Anknüpfung von Erstfragen	139
Fall 88. Anknüpfung von Vorfragen	140
8. Rück- und Weiterverweisung	142
Fall 89. Rückverweisung (auf deutsches Recht)	142
Fall 90. Weiterverweisung (auf einen dritten Staat)	143
9. Ordre public	145
Fall 91. Vorbehaltsklausel als Ergebniskorrektur durch das Forum	145
Fall 92. Ordre public-Verstoß im Einzelfall	145
Fall 93. Hinreichender Inlandsbezug	147
10. Anknüpfungsmomente	147
Fall 94. Hauptsächliche Anknüpfungsmomente	147
Fall 95. Staatsangehörigkeit, effektive Staatsangehörigkeit und Flüchtlinge	150
Fall 96. Staatsangehörigkeit und EU-Recht, insbesondere bei Art. 5 I 2 EGBGB	151
Fall 97. Gewöhnlicher Aufenthalt	153
II. Rechtsgeschäftliche Schuldverhältnisse	154
1. Grundlagen	154
Fall 98. Rechtsquellen	154
Fall 99. Grundsatz der Sachnormverweisung im EU-IPR	156
Fall 100. Mehrrechtsstaaten (Art. 22 Rom I-VO)	156
Fall 101. Bräuche und Gepflogenheiten	157
2. Vorrang des UN-Kaufrechts	158
Fall 102. Bedeutung und Vorrang des UN-Kaufrechts	158
Fall 103. Autonome Anknüpfung (Art. 1 I lit. a CISG)	159
Fall 104. Kollisionsrechtliche Anknüpfung (Art. 1 I lit. b CISG)	161
Fall 105. Ausgeschlossene kollisionsrechtliche Anknüpfung (Art. 95 CISG)	161
3. Subjektive Anknüpfung (Rechtswahl)	163
Fall 106. Grundsatz der Parteiautonomie (Art. 3 Rom I-VO)	163
Fall 107. Stillschweigende Rechtswahl (Art. 3 I 2 Alt. 2 Rom I-VO)	164
Fall 108. Eingriffsnormen (Art. 9 Rom I-VO)	166
Fall 109. Nachträgliche Rechtswahl (Art. 3 II 1 Rom I-VO)	168
Fall 110. Zustandekommen und Wirksamkeit einer Rechtswahl	169
Fall 111. Geschäftsfähigkeit	170
Fall 112. Sonderanknüpfung an den Aufenthaltsort (Art. 10 II Rom I-VO)	171
Fall 113. Floating clauses	172
4. Objektive Anknüpfung	173
Fall 114. Anknüpfungsmöglichkeiten	173
Fall 115. Teilweise Rechtswahl und dépeçage	175

Fall 116. Dépeçage bei objektiver Anknüpfung	176
Fall 117. Regelanknüpfungen (Art. 4 I Rom I-VO)	176
Fall 118. Charakteristische Leistung (Art. 4 II Rom I-VO)	178
Fall 119. Ausweichklausel und engste Verbindung (Art. 4 III, IV Rom I-VO)	180
Fall 120. Beförderungsverträge (Personen und Güter) (Art. 5 Rom I-VO) ...	180
5. Verträge mit einer schützenswerten Partei	182
Fall 121. Verbraucherverträge (Art. 6 Rom I-VO)	182
Fall 122. Verbraucherschutz für besondere Gebiete (Art. 46b EGBGB)	185
Fall 123. Versicherungsverträge (Art. 7 Rom I-VO)	186
Fall 124. Arbeitsverträge (Art. 8 Rom I-VO)	188
6. Veränderung und Erlöschen von Schuldverhältnissen	189
Fall 125. Abtretung (Art. 14 Rom I-VO)	189
Fall 126. Gesetzlicher Forderungsübergang (Art. 15 Rom I-VO)	191
Fall 127. Schuldnermehrheit (Art. 16 Rom I-VO)	192
Fall 128. Schuldübernahme	193
Fall 129. Aufrechnung (Art. 17 Rom I-VO)	193
7. Formstatut	194
Fall 130. Verpflichtungs- und Verfügungsgeschäft	194
Fall 131. Vertretung als Formfrage	195
8. Stellvertretung	196
Fall 132. Fehlende gesetzliche Regelung	196
Fall 133. Rechtsgeschäftliche Stellvertretung	196
Fall 134. Rechtsscheinvollmacht	197
Fall 135. Rechtswahl	198
9. Verjährung	198
Fall 136. Verjährung vertraglicher Schuldverhältnisse	198
III. Gesetzliche Schuldverhältnisse	199
1. Grundlagen	199
Fall 137. Rechtsquellen	199
Fall 138. Kollisionsregeln der Rom II-VO	200
Fall 139. Verbliebener Anwendungsbereich des EGBGB	201
Fall 140. Reichweite des Deliktsstatuts	202
2. Unerlaubte Handlungen	203
Fall 141. Allgemeine Kollisionsnorm (Art. 4 Rom II-VO)	203
Fall 142. Distanzdelikte	203
Fall 143. Verkehrsunfälle	204
Fall 144. Rechtswahlmöglichkeiten (Art. 14 Rom II-VO)	206
Fall 145. Grenzen der Rechtswahl	207
Fall 146. Umweltschädigung (Art. 7 Rom II-VO)	208
Fall 147. Persönlichkeitsrechtsverletzungen und Mediendelikte (Art. 40 EGBGB)	209

Fall 148. Punitive damages im europäischen Kollisionsrecht	212
Fall 149. Gemeinsamer gewöhnlicher Aufenthalt	213
Fall 150. Sonderverbindung (Art. 4 III Rom II-VO)	214
Fall 151. Direktanspruch	215
Fall 152. Produkthaftung (Art. 5 Rom II-VO)	216
Fall 153. Wettbewerbsverstöße (Art. 6 Rom II-VO)	217
Fall 154. Verletzungen geistigen Eigentums (Art. 8 Rom II-VO)	218
Fall 155. E-Commerce-Richtlinie	219
3. Ungerechtfertigte Bereicherung	220
Fall 156. Leistungs- und Eingriffskondiktion (Art. 10 Rom II-VO)	220
Fall 157. Sonstige Bereicherung	221
4. Geschäftsführung ohne Auftrag	222
Fall 158. Anknüpfungsleiter (Art. 11 Rom II-VO)	222
Fall 159. Tilgung fremder Schulden	223
5. Verschulden bei Vertragsverhandlungen	224
Fall 160. Anknüpfungsleiter (Art. 12 Rom II-VO)	224
IV. Sachenrecht	226
1. Grundlagen	226
Fall 161. Rechtsquellen	226
Fall 162. Maßgeblichkeit des Rechts am Belegenheitsort bei Mobilien (Art. 43 EGBGB)	227
Fall 163. Lex rei sitae bei Immobilien	229
Fall 164. Ausnahmen zur lex rei sitae-Regel	229
Fall 165. Parteiautonomie?	231
Fall 166. Reichweite des Sachstatuts	231
2. Statutenwechsel	232
Fall 167. Maßgeblicher Anknüpfungszeitpunkt bei beweglichen Sachen	232
Fall 168. Statutenwechsel bei unbekannten Rechtsinstituten (Art. 43 II EGBGB)	234
Fall 169. Mögliche Einwirkung des EU-Rechts	236
Fall 170. Rückkehr der Sache in den Ursprungsstaat	236
Fall 171. Internationaler Versendungskauf über einen Durchgangsstaat	237
Fall 172. Verfügung während des Transports	238
Fall 173. Lageortbezogene Verfügung	238
3. Sonderfälle	239
Fall 174. Gruppeninterne Verfügung	239
Fall 175. Kollisionsrecht für Kulturgüter	239
V. Familienrecht	240
1. Grundlagen	240
Fall 176. Verlöbnis	240
Fall 177. Voraussetzungen der Eheschließung (Art. 13 I EGBGB)	242
Fall 178. Ehehindernisse (Art. 13 II EGBGB)	243

Fall 179. Rechtsfolgen einer Doppelehe	244
Fall 180. Formstatut: Art. 11 I (Auslandshe) und Art. 13 III EGBGB (In- landshe)	245
2. Allgemeine Ehwirkungen	247
Fall 181. Begriff der allgemeine Ehwirkungen (Art. 14 EGBGB)	247
Fall 182. Statutenwechsel und Wandelbarkeit des Ehwirkungsstatuts	247
Fall 183. Mittelbare Bedeutung des Ehwirkungsstatuts	248
Fall 184. Qualifikation der Morgengabe	249
3. Ehegüterrecht	251
Fall 185. Berechnung des Zugewinnausgleichs	251
Fall 186. Wandelbarkeit des Güterrechtsstatuts	252
4. Ehescheidung	253
Fall 187. Rechtswahl und objektive Anknüpfung im Scheidungsrecht	253
Fall 188. Anwendbarkeit der Rom III-VO auf Privatscheidungen	254
Fall 189. Nichtscheidbarkeit der Ehe und fehlender gleichberechtigter Zugang zur Scheidung (Art. 10 Rom III-VO)	255
Fall 190. Ordre public-Vorbehalt (Art. 12 Rom III-VO)	258
Fall 191. Scheidung in Deutschland unter Anwendung islamischen Privat- scheidungsrechts	260
Fall 192. Wandelbarkeit des Scheidungsstatuts	261
5. Weitere Formen von Paarbeziehungen	262
Fall 193. Nichteheliche Lebensgemeinschaften	262
Fall 194. Eingetragene gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaft (Art. 17b EGBGB)	264
Fall 195. Gleichgeschlechtliche Ehe	265
6. Unterhaltsrecht	266
Fall 196. Bestimmung des Unterhaltsstatuts	266
7. Kindschaftsrecht	268
Fall 197. Normbestand	268
Fall 198. Begriff der Schutzmaßnahmen nach dem KSÜ	270
Fall 199. Begriff des Kindes nach dem KSÜ	271
Fall 200. Elterliche Verantwortung nach dem KSÜ	272
Fall 201. Abstammung, Abstammungsanfechtung und Sorgerecht	273
8. Adoption	276
Fall 202. Adoption (Art. 22 EGBGB)	276
VI. Erbrecht	277
1. Grundlagen	277
Fall 203. Rechtsquellen	277
Fall 204. Objektiv anwendbares Recht (Art. 21 EuErbVO)	279
Fall 205. Offensichtlich engere Verbindung (Art. 21 II EuErbVO)	279
Fall 206. Rechtswahl (Art. 22 EuErbVO)	280
Fall 207. Rück- und Weiterverweisung (Art. 34 EuErbVO)	282

2. Abgrenzung des Erbstatuts	283
Fall 208. Abgrenzung zwischen Erb- und Güterrechtsstatut	283
Fall 209. Abgrenzung zwischen Erb- und Sachstatut	285
Fall 210. Erb- oder sachenrechtliche Qualifikation ausländischer Vermächtnisse mit dinglicher Wirkung (Vindikationslegate)	286
Fall 211. Abgrenzung zwischen Erb- und Gesellschaftsstatut	288
3. Nachlassseinheit und -spaltung	290
Fall 212. Grundsatz der Nachlassseinheit	290
Fall 213. Durchbrechung der Nachlassseinheit	291
4. Formgültigkeit	292
Fall 214. Form von Testament und Erbvertrag (Art. 27 EuErbVO)	292
Fall 215. Form eines gemeinschaftlichen Testaments	292
Fall 216. Form einer Rechtswahl	293
5. Ordre public	294
Fall 217. Vorbehaltsklausel (Art. 35 EuErbVO)	294
VII. Gesellschaftsrecht	296
1. Grundlagen	296
Fall 218. Rechtsquellen	296
Fall 219. Gründungs- und Sitztheorie im Vergleich	297
Fall 220. Reichweite des Gesellschaftsstatuts	298
2. Einfluss der Niederlassungsfreiheit nach europäischem Recht	299
Fall 221. Zwingende Gründungstheorie in Zuzugsfällen	299
Fall 222. Reichweite des Gründungsrechts am Beispiel einer Limited	301
Fall 223. Sitzverlegungen bei EWR- und EFTA-Staaten	302
3. Autonomes deutsches Recht (bei Drittstaatenbezug)	303
Fall 224. Unternehmensgründung nach Auslandsrecht mit Sitz im Inland	303
Fall 225. Unternehmensgründung nach Auslandsrecht mit Sitz in einem Drittstaat	303
Fall 226. Sitzverlegung ins Ausland (Wegzug)	304
Fall 227. Sitzverlegung ins Inland (Zuzug)	305
4. Völkerrechtliche Verankerung der Gründungstheorie	307
Fall 228. Rechtslage hinsichtlich der USA	307
5. Unionsrechtlich vereinheitlichte Gesellschaftsformen	309
Fall 229. Verordnung über die Europäische Gesellschaft (SE)	309
Stichwortverzeichnis	311